

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Diebstahlsfrei; Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Eisenbahner-Verband).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.
Gesamtsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 67.

Berlin, Mittwoch, 23. August 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Soziale Kämpfe und Arbeiterorganisationen. — Die Krise im Eisenbahn-Handwerker- und Arbeiter-Verband Eriar-Berlin. — Partei und Gewerkschaften. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Soziale Kämpfe und Arbeiterorganisationen.

England wird mit Recht als die Wiege der Arbeiterbewegung angesehen. Hier haben zuerst die Gewerksvereine eine nennenswerte Bedeutung erlangt und sich auch Einrichtungen geschaffen, die unübertrefflich geworden sind für die Arbeiterbewegung der gesamten Kulturwelt. Möglich war diese Entwicklung in erster Linie durch die gewaltige Industrie, mit der England von jeher an der Spitze marschiert ist, dann aber auch durch freiheitliche politische Verhältnisse, die den Organisationen der Arbeiter den weitesten Spielraum ließen. Und was der englischen Arbeiterbewegung ein besonderes Gepräge verlieh, das war die Tatsache, daß die großen Trade Unions trotz ihrer gewaltigen Macht oder vielleicht auch gerade wegen dieser großen Macht sich freihielten von übertriebenen Radikalismus und phantastischen Utopien, sondern lediglich praktische gewerkschaftliche Arbeit leisteten. Die Sozialdemokratie fand bis vor kurzem so gut wie gar keinen Boden für ihre Bestrebungen in der englischen Arbeitererschaft, die überwiegend liberal gesinnt ist. Großes haben die Gewerksvereine durch ihre Organisationen und deren Arbeit erreicht, teils auf friedlichem Wege, teils aber auch in ickweren Kämpfen, die sich jedoch fast stets in geordneten Bahnen bewegten.

Das scheint mit einem Male anders geworden zu sein. Seit einigen Monaten toben in England soziale Kämpfe, wie man sie früher dort nicht gekannt hat, sowohl was die Zahl der beteiligten Arbeiter anbelangt, als auch die Form, in denen sich diese Kämpfe abspielen. Es hat den Anschein, als wäre eine völlige Anarchie eingerissen, als hätte ein allgemeines Streikfever die Arbeiter ergriffen und ihnen die Fähigkeit des Überlegens und Denkens völlig geraubt. Denn die Planlosigkeit der Kämpfe läßt es in der Tat oft fraglich erscheinen, ob denn die Arbeiter überhaupt wissen, was sie wollen. Es gibt kaum eine größere englische Stadt, die nicht im letzten Vierteljahr von dieser oder jener Bewegung ergriffen worden wäre, und kaum ist an einer Stelle das Feuer erlosch, so flammt die Glut an einer anderen wieder auf. Bergarbeiter, Seelen, Fabrikarbeiter, Fuhrleute, Eisenbahner, Straßenbahner und viele andere Gruppen werden bald heute, bald morgen in den Kampf gerissen, wobei allerdings häufig ein innerer Zusammenhang zwischen den einzelnen Bewegungen beobachtet werden kann.

Gewaltige Massen sind an diesen Kämpfen beteiligt, und mit furchtbarer Erbitterung werden die Zustände geführt. Zusammenstöße mit der Polizei und hier und da auch mit dem Militär gehören nicht mehr zu den Seltenheiten. In den Straßen werden, wie es in diesen Tagen in Liverpool der Fall gewesen ist, förmliche Schlachten geliefert, Polizeiführer und Kavallerieoffiziere wüten unter der Menge, die vor keinem Mittel zurückschreckt, den Kampf zu ihren Gunsten zu beenden. Es ist soweit gekommen, daß die Auftritte in den Straßen verlesen wurde, was so viel heißt, als wenn der Belagerungsstand verhängt wird. Trotzdem haben die Straßenkämpfe fortgedauert und Hunderte von Menschen sind dabei verwundet worden. Das sind Zustände, die man bisher in England noch nicht gekannt hat. Manlos werden die Bewegungen geführt. Heute werden Verabredungen getroffen, und morgen werden sie wieder gebrochen. Es herrscht wie gesagt völlige Anarchie.

Haben denn die englischen Arbeiter keine Führer? So muß man sich angefaßt dieser Vorgänge fragen. Wohl stehen an ihrer Spitze Männer, die Verantwortungsgesühl genug besitzen und auch auf Jahre lange Erfahrungen zurückblicken. Aber der Einfluß, den sie auf die Massen hatten, scheint nicht mehr vorhanden zu sein. Einmal sind von den ungelerten Arbeitern große Massen noch nicht organisiert. Aber auch die organisierten Arbeiter scheinen vielfach jede Disziplin verlernt zu haben. Der Grund dafür ist zum Teil zu suchen in der Erbitterung der Arbeiter über das oft profitorische Vorgehen der Unternehmer. Denn es ist selbstverständlich, daß wenn auf ganz berechnete Forderungen der Arbeiter die Unternehmer mit der Auslieferung von 30 000 Arbeitern antworten, eine solche Maßnahme Teil ins Feuer gießen und die Streikenden aufs äußerste erbittern muß. Dann aber sind auch seit einiger Zeit in den englischen Gewerksvereinen Kräfte am Werke, die Bewegung in ein radikaleres Fahrwasser zu bringen. Die Früchte dieser Wühlarbeit, die in der Hauptsache von Sozialdemokraten betrieben wird, zeigen sich jetzt in der Disziplinlosigkeit der großen Massen.

Für die Feinde der Arbeiter und ihre Organisationen bilden die Vorgänge in England ein gemühtes Festen. Die Streikbewegung in England liefert Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher. Auch bei uns in Deutschland gibt es Leute, die gar zu gern einmal Säbel und Klinge in Aktion treten sehen möchten. Ihnen kämen solche Dinge, wie sie sich zurzeit an einzelnen Orten Englands abspielen, gar zu gelegen. Und auch die Zeiten sind ihnen gefährlichen Vänen und Wünschen nicht unangenehm. Die wirtschaftlichen Wogen gehen gegenwärtig recht hoch, und an gewaltigen Kämpfen fehlt es auch bei uns nicht. Gerade die letzte Zeit ist besonders reich an Vorgängen, die geeignet sind, die Erbitterung in den Reihen der Arbeiter aufs höchste zu steigern. Wir erinnern nur an die Bewegung, die schon seit vielen Wochen auf der Schidauwerft in Tangia sich abspielt, wo der Unternehmerhochmut seine üppigsten Blüten trug und jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter mit Füßen getreten wird. Wir verweisen weiter auf den letzten bedeutenden Kampf im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Was die Arbeiter dort fordereten, war wirklich bescheiden genug. Trotzdem wurden die Forderungen scharf abgelehnt und jede Vermittlung im Kampfe barsch zurückgewiesen. Erst sollten die Arbeiter zu Kreuze frieden; nachher wird man vielleicht, nachdem man eine genaue Anleihe gehalten hat, den wieder eingestellten Arbeitern einige Vergünstigungen gewähren. Muß denn da nicht ein unaußersichtlicher Groll sich im Herzen der Beteiligten ansammeln, der sich bei der ersten besten Gelegenheit Luft zu machen verucht? Dann die gewaltigen Kämpfe in der Metallindustrie, die noch immer größere Ausdehnung anzunehmen drohen! Auch hier kann man überall beobachten, wie kurzlichliche Unternehmer von ihrem Herrenstandpunkte nicht um einen Schritt herabgeraten wollen. Mit den Organisationen soll nicht verhandelt werden; man könnte ja darin ihre Anerkennung erblicken. Das aber darf bei Weibe nicht geschehen. Wenn es möglich wäre, möchte man am liebsten das alte patriarchalische Verhältnis wieder einführen, obgleich es durch die moderne Entwicklung für immer beseitigt ist. Und diese moderne Entwicklung wird auch nicht aufgehoben werden durch die rückständigen Ausmachungen brutaler Herrenmenschen, die den Arbeitern jedes Mitbestimmungsrecht verlegen und von einer Gleichberechtigung derselben nichts wissen wollen. Die Organisationen der Arbeiter werden sich ihre Anerkennung trotzdem erkämpfen. Sie sind nicht nur nützliche, sondern notwendige Einrichtungen, die nicht gehennt werden dürfen, sondern gefördert

werden müssen. Auch die augenblicklichen bedauerenswerten Vorgänge in England sprechen nicht dagegen, sofern nur die Organisationen sich in vernünftigen Bahnen bewegen und mit ihren wirtschaftlichen Interessen nicht andere Momente verquiden, die mit der Berufsorganisation nichts zu tun haben. Dann werden solche Elemente, welche die Massen gegen ihre verständigen und maßvollen Führer aufzuheben versuchen, keinen Resonanzboden finden. Es wird wahre Solidarität geübt und Disziplin gehalten werden. Die beste Gewähr dafür bieten die Deutschen Gewerksvereine, die unbekümmert um Politik, Religion und andere Dinge lediglich die Hebung der sozialen Lage der Arbeiter erstreben. Eine solche Organisation zu fördern und ihrer Entwicklung die Wege zu ebnen, liegt im nationalen Interesse und muß die Pflicht jedes wahren Vaterlandsfreundes sein. Aufgabe unserer Mitglieder aber ist es, gerade in dieser bewegten Zeit unermüdet für das Wachstum unserer Organisation zu sorgen und jede Gelegenheit zu benutzen, den Gewerksvereinen neue Mitglieder zuzuführen.

Die Krise im Eisenbahn-Handwerker- und Arbeiter-Verband Eriar-Berlin.

Was wir vor Jahren schon beim Sturz des früheren Vorsitzenden Holz und Gründung unseres Gewerksvereins der Eisenbahnarbeiter (Ei B r e s t a n) vorausgesehen haben, ist in verstärkter Weise mit Ach und Weh eingetreten. Der Verband deutscher Eisenbahnarbeiter und Arbeiter hat zurzeit eine Krise durchzumachen, die jene zur Zeit Holz' noch übertrifft.

Schon seit Monaten flüchteten Nachrichten durch die Reihen der Kollegen über Differenzen zwischen dem Vorsitzenden des Verbandes und dem Syndikus. Es erfolgten Vorladungen und Verwarnungen des gesamten Zentralvorstandes durch die Eisenbahnarbeiterverwaltung in Berlin. Schlechte Geschäftsführung, sonderbare Kundgebungen des Zentralvorstandes in dem Verbandsorgan und in der „Streuzzeitung“ infolge einer Agitationsveranlassung in der „Neuen Welt“ in Berlin und Amisniederlegung des Verbandsvorstandes, alles das ließ erkennen, daß ein Strich vor der Tür stand. Dieser Strich ist auch auf dem Delegiertentag in Halle am 20. Juni offen zum Ausdruck gekommen und nicht nur obige Nachrichten haben sich als wahr herausgestellt, sondern noch viel mehr, obwohl die Verbandsleitung eifrig bemüht war und jetzt noch ist, die Erörterung der Mißstände zu unterdrücken und zu verhindern, weshalb sie auch bis jetzt noch keinen Delegiertentagsbericht herausgegeben hat.

Nach unieren eingehenden Feststellungen entwickelten die jetzigen Zustände und Verhältnisse sich in folgender Weise. Nach der Verlegung der Geschäftsstelle von Eriar nach Berlin zeigte sich ein starkes Wachstum des Verbandes. Infolgedessen wurde ein „Syndikus“ und Redakteur zur Unterstützung des im Eisenbahndienst aktiv tätigen Vorsitzenden Z e d e r i n eingestellt. Mit diesem Syndikus ist, wie uns ungeweihtig berichtet worden ist, kein glücklicher Griff gemacht worden. Redaktionelle Unzulänglichkeiten, eigenmächtige Handlungsweise, Hebergriffe und gar bedenkliche Praktiken b.i Vertretung der Vereinsinteressen und der Geschäftsleitung, wurden ihm zum Vorwurf gemacht. Der Vorsitzende soll nun, nachdem er obigen Zuständen machtlos gegenüber stand, den gesamten Zentralvorstand und Aufsichtsrat schon im Sommer vorigen Jahres wiederholt um Unterstützung zur Wenderung dieses Zustandes angegangen haben, doch immer

ohne Erfolg. Im Gegenteil, die Herren harmonisierten mit dem Syndikus. Darauf wandte sich der Vorsitzende in einem Flugblatt, das auf Beschluss der Bezirksvereinigung Berlin gedruckt wurde, an die Delegierten und Vorstände der Ortsvereine, mit der Absicht, auf dem Delegiertentage in Halle eine Aenderung herbeizuführen. Aus diesem Flugblatt, das von den Vorständen den Mitgliedern meist vorenthalten worden ist, das wir aber den Kollegen, sofern sie es erhalten können, zum eingehenden Studium empfehlen, kann man entnehmen, welche Willkürwirtschaft und Disziplinlosigkeit in dem Verbands von Seiten des Syndikus mit Unterstützung von Zentralvorstandsmitgliedern eingetriggen war. Man hinderte schließlich ganz jahreswidrig den Vorhänden, sein Amt bis zum Delegiertentage auszuüben. Handlungen wurden von Seiten der Geschäftsleitung ungestraft ausgeführt, die den gewerkschaftlichen Grundfäden der Solidarität Hohn sprachen. Man denunzierte den Vorsitzenden und andere Mitglieder, um sie als Ankläger vor dem Delegiertentag unschuldig zu machen, wegen eines an und für sich unerheblichen Vorganges, mit der Absicht, sie brotlos zu machen. Beschlüsse und Kundgebungen der ob solchen unerhörten Verhaltens aufs Höchste empörten Mitglieder von besonders Berlinern, aber auch auswärtigen Ortsvereinen, die Kenntnis davon erhielten, wurden mit allen Mitteln unterdrückt.

Nun durfte man annehmen, der Delegiertentag würde Wandel schaffen. Weit gefehlt! Wohl beschloß er einstimmig die Entlassung des Verbandssyndikus, aber auch der Vorsitzende, der diesen ungleichen Kampf aufgenommen, mußte angeblich wegen Verletzung des Flugblattes an Nichtmitgliedern über die Klinge springen. Er wurde aus dem Verbands gegen die Stimmen von 68 Delegierten ausgeschlossen.

Aber auch die weiteren Beschlüsse des Delegiertentages sind recht bedenklicher Art und lassen die Hoffnung nicht aufkommen, daß in diesem Verbands dem Vertrauen und den Erwartungen der Eisenbahnhandwerker und Arbeiter Rechnung getragen wird. So hat man zum Vorsitzenden im Zentralvorstand Jäger-Göttingen gewählt, der den Verbandssyndikus gegen den bisherigen Vorsitzenden trotz Kenntnis der schiefen Sachlage eifrig unterstützt hatte. Auch sind die Mitglieder im Westen nicht erbaud davon, daß derselbe sich um ein nationalliberales Reichstagsmandat bewirbt, dessen Gewährung durch Gegenleistungen an das Zentrum und andere Parteien entschädigt werden soll. Auch vertritt der Herr die Ansicht, daß das Arbeitskammergesetz für die Eisenbahner überflüssig resp. schädlich wäre.

Ferner hat der Delegiertentag auch insofern einen bedenklichen Beschluß gefaßt, indem er wohl den Zentralvorstand von 15 auf 24 Mitglieder vermehrt hat, aber am Sitz der Geschäftsstelle in Berlin nicht mal den Vorsitzenden gewählt hat; auch die Kasse mit drei Angestellten hat man in Trier belassen.

Man bedenke, der in geändigter Stellung arbeitende Syndikus in Berlin kann schalten und walten, wie er will. Die Hauptvorstandsmitglieder sind aber im Lande verstreut; in Berlin sieht nicht ein einziger, was geschieht. Ende Dezember ist die Kündigungfrist abgelaufen. Bis dahin ist der entlassene Syndikus der einzige Herr und Sachwalter an der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes. Ist so etwas schon jemals in der Welt dagewesen? Was sagen die Mitglieder zu einer solchen geradezu heillosen Wirtschaft?

Hat die vielföpfige, über ganz Deutschland verbreitete, leitende Körperschaft schon bisher vollständig versagt, so jetzt erst recht.

Die Ueberlassung der Geschäftsführung in Berlin bis zum Ablauf des Vertrages an den auf einstimmigen Beschluß des Delegiertentages zu entlassenden Verbandssyndikus und die Wahl eines Vorsitzenden in Göttingen dürfte wohl kaum noch in einer Vereinigung möglich sein, und es nimmt deshalb auch nicht Wunder, wenn man liberall Worte der Entrüstung von den Mitgliedern hört.

Ueber die Handhabung des Organs wird fortwährend lebhafteste Klage geführt. Vereinsberichte werden entsetzt wiedergegeben; siehe den Bericht der Berliner Mitgliederversammlung in der Nr. 32 der Verbandszeitung. In diesem Bericht wird den Berlinern in den Mund gelegt, sie seien mit den Beschlüssen des Delegiertentages zufrieden und einverstanden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Versammlung nahm am Schluß eine scharfe im Organ untergeschlagene Resolution gegen die Beschlüsse des Delegiertentages an und stellte dieselbe dem Vorstand zu.

Dazu kommt noch, daß die Mitglieder überall den Eindruck haben, daß der Verband durch diese Leitung und den Konflikt an Ansehen schwer ge-

litten hat, seine Einwirkung und Einfluß im Verhältnis zu kleineren Eisenbahnarbeiterverbänden war denn auch im Landtage sowohl als auch bei der Eisenbahnverwaltung ob dieser Zustände gering.

Alles das sind Sachen, die denn doch den gutwilligen und nachsichtigen Eisenbahnhandwerkern und Arbeitern über die Duldung gehen. Die Signatur des Tages ist denn auch überall, wo man hört, und die Kollegen einigermaßen Aufklärung erhalten haben: „Raus aus dem Verband! Wir haben kein Vertrauen mehr zu dieser Verbandsleitung!“

Tausende haben denn auch ihren Austritt erklärt.

Und die Kollegen haben nur zu Recht, von Interessenvertretung kann unter solcher Verletzung der Solidarität, die bis zur Existenzvernichtung geht, und von dieser leitenden Stelle des Verbandes ausgeht und gebilligt wurde, keine Rede sein.

Eine solche Verbandsleitung hat sich selbst gerichtet und das Vertrauen der Tausende seiner Mitglieder schwer getrübt; sie ist bei aufgekärten denkenden Arbeitern unmöglich geworden. Die Eisenbahner werden unter diesen Umständen wohl erkennen, daß ihre Interessen besser und gediegener im Anschluß an den unabhängigen Gewerksverein der Eisenbahner vertreten werden. Die Gewerksvereine bieten Dank ihrer, in einem halben Jahrhundert erlangten Erfahrung, die Gewähr einer gediegenen Ständevertretung. Wir erinnern an die überaus erfolgreiche Vertretung der Interessen der Eisenbahnhandwerker und Arbeiter im Landtage durch den Vorsitzenden der deutschen Gewerksvereine Goldschmidt in den Jahren 1898-1908, — als der Trietische Verband noch in den Kinderschuhen steckte, aus denen er bis heute, wie wir gesehen haben, nicht herausgekommen ist.

Partei und Gewerkschaften.

Die Veröffentlichung der beiden Geheimzirkulare durch die „Zitt. Morgenztg.“ hat nachträglich noch einige Momente gezeitigt, die festgehalten zu werden verdienen. Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ schweigt sich über die Angelegenheit völlig aus, das schlaue ist, was es tun kann. Um so lebhafter sind die Erörterungen gewesen in der sozialdemokratischen Parteipresse. Der „Vorwärts“ hatte, wie wir bereits mitgeteilt haben, die übergrößen Empfindlichkeit der Generalkommission und das allgrobe Entgegenkommen des Parteivorstandes gemißbilligt. Infolgedessen hat das sozialdemokratische Pressebureau nachstehende Erklärung des Parteivorstandes veröffentlicht:

„Zu den Bemerkungen, die der „Vorwärts“ in seiner gezeitigen Nummer zu dem in der „Zittauer Morgenzeitung“ abgedruckten „Geheimzirkel“ des Parteivorstandes machte, wird darauf hingewiesen, daß auch in der Gewerkschaftspresse schon kräftige Töne gegen Parteigenossen und Parteiblätter angeschlagen wurden.“

In den Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften wurde vom Parteivorstand selbstverständlich auch die Haltung der Gewerkschaftspresse berührt und besonders auf die Haltung des „Korrespondenten“ der Buchdrucker gegenüber der Parteipresse hingewiesen. Wenn früher in der Gewerkschaftspresse gefällige Äußerungen gegen Parteigenossen und Parteiblätter vorgekommen sind, so wurde das genau so beurteilt. Das ändert aber nichts daran, daß die zitierten Äußerungen der beiden Parteiblätter auf Grund der Jener Resolution vom Parteivorstande beurteilt werden mußten, der dafür zu sorgen hat, daß in den Polemiken unter Genossen ein solcher Ton nicht eintritt.“

Der „Vorwärts“ aber kann sich mit der Haltung des Parteivorstandes nicht zufrieden geben. In einem langen Leitartikel erörtert er noch einmal seine Erklärung und bemerkt dazu:

„So wenig wir von dem Parteivorstand das Recht freitreten wollen, der Parteipresse Mahnungen über den polemischen Ton zu erteilen, so sieht sich doch unser Erachtens der Parteivorstand bei seinen Verhandlungen mit der Generalkommission nicht mit einer bloßen Erwähnung der polemischen Verletzungen der Gewerkschaftspresse begnügen, sondern von der Generalkommission fordern sollen, daß sie auch ihrerseits mit einem ähnlichen Zirkular an die Gewerkschaftspresse herantrete. Dann wäre wenigstens die Parität gewahrt gewesen. Da das aber nicht geschehen ist, kann man es den in Betracht kommenden Parteiblätern nicht verdenken, wenn sie unter dem Hinweis auf die Art der gegen sie geführten gewerkschaftlichen Polemik den schärfsten Protest gegen das Zirkular des Parteivorstandes erheben.“

Aus allen diesen Kundgebungen spricht eine starke Gegnerschaft gegen die Gewerkschaften, zum mindesten aber die Auffassung, daß die Gewerkschaften unter allen Umständen sich der Partei unterzuordnen haben. Auch in der übrigen sozialdemokratischen Presse findet man wenig Einverständnis mit der Haltung des Parteivorstandes. Am Sonntag vor acht Tagen hat denn auch bereits

eine Redakteurkonferenz des Niederrheins stattgefunden, die sich mit der Anwesenheit beschäftigte. In dieser Konferenz haben teilgenommen die Vertreter der Parteiblätter in Düsseldorf, Krefeld, Essen, Elberfeld, Solingen, Remscheid und Lützencheid. Einstimmig wurde die Abfassung einer Protesterklärung gegen den von der Generalkommission und dem Parteivorstand beabsichtigten Eingriff in das der Parteipresse zustehende Recht der Kritik beschlossen.

Es ist hochinteressant, daß sozialdemokratische Redakteure Ursache zu haben glauben, sich über mangelnde Pressefreiheit durch den Parteivorstand zu beklagen. Wie mag es da erit im Zukunftsstaate aussehen! Wehe dem Redakteur, der es magte, etwas „gegen das herrschende Zintem“ zu schreiben!

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 22. August 1911.

Der Erlaß des bayrischen Verkehrsministers v. Frauendorfer gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband hat nicht nur in Bayern selbst, sondern auch außerhalb der bayerischen Grenzgebiete viel Staub aufgewirbelt. Im allgemeinen kann man es nicht verstehen, daß der Minister eine so energische Sprache anwendet gegen eine Organisation, von der im Erlaß selbst gesagt wird, der volle Beweis sei nicht erbracht, daß der Zweck des Verbandes den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufe. Die sozialdemokratische „Münchener Post“ nennt den Erlaß ein „Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie und die Organisation eines förmlichen Beipielungssystems über eine Bedienstetenorganisation“ und „eine abermalige Verbeugung der Staatsregierung vor der herrschenden schwarzen Partei.“

In der Tat ist kaum zu bezweifeln, daß der Erlaß des Verkehrsministers auf den Einfluß des Zentrums zurückgeführt werden muß. Schon seit langer Zeit wird im bayrischen Landtage von dieser Seite gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband scharf gemacht, weil er eine Konkurrenzorganisation des zu den christlichen Gewerkschaften gehörenden Bayrischen Eisenbahnerverbandes ist. Das Zentrum hofft nun, durch die Unterdrückung der Bestrebungen des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes für die andere ihr nahesteheende Vereinigung Propaganda machen zu können. Bezeichnenderweise befragt sich denn auch die bayrische Zentrumspresse darüber, daß der Erlaß des Herrn v. Frauendorfer „durchaus unbefriedigend“ sei. Ein Regensburger Zentrumsblatt macht sogar dem Verkehrsminister den Vorwurf, daß er auf halbem Wege stehen bleibe, und die „Germania“ sagt dem Erlaß nach, er verfare nach dem Rezept: „Wach mir den Hals, aber mach ihn nicht naß!“

Nach alledem darf man annehmen, daß die Debatten, die sich im bayrischen Landtage an diesen Erlaß anknüpfen werden, von großem Interesse sein werden. Tatsächlich steht es fest, daß der Süddeutsche Eisenbahnerverband politisch der Sozialdemokratie wohl nahe steht, wenn auch auf dem letzten Verbandstage durch den Vorsitzenden, den sozialdemokratischen Landtagsabg. Rohbauer ausdrücklich die Neutralität des Verbandes festgelegt und unter dem Beifall der Delegierten die Behauptung, daß der Verband im Falle eines Arbes in den Streik treten werde, als eine bodenlose Verleumdung bezeichnet worden ist. Wenn trotzdem jetzt die Verkehrsverwaltung gegen eine solche Organisation einschreitet, so zeigt das von neuem, wie verkehrt es ist, wenn sich diese Vereinigungen nicht völlig von allen politischen Dingen freizuhalten vermögen.

Die Rechtfertigung der „Berliner Volkszeitung“, in der man nicht eine Antwort auf die vom Zentralrat angenommene Erklärung, sondern auf die Anempfehlung des „Vorwärts“ zu erblicken hat, hat selbst diejenigen nicht befriedigt, die aus einem gewissen Anhänglichkeitsgefühl noch immer das genannte Blatt verteidigt haben. Das konnte auch nicht anders sein. Denn der Artikel der „Volkszeitung“ geht auf die gegen sie erhobenen schweren Vorwürfe überhaupt nicht ein, sondern redet um ih herum. Der Vorwurf, daß sich die Internatredaktion der „Berliner Volkszeitung“ direkt um Streifbrecherinstitute beworben hat, wird nicht widerlegt. Ebenowenig ist darin die schwere Beleidigung der Deutschen Gewerksvereine entschuldigt oder bestritten. Dagegen verwahrt sich das Blatt mit stiller Entrüstung gegen die Zumutung, Einwendungen aufzunehmen, die sich gegen die sogenannten freien Gewerkschaften richten. Dazu gibt sich die „Volkszeitung“ nicht her, während sie keine Bedenken trägt, die schwersten Angriffe gegen die Gewerksvereine und deren Leitung zu veröffentlichen. Der Zentralrat hatte also ganz recht, wenn er erklärte, daß „diese Zeitung nicht mehr als Förderin der Gewerkeinsache und der Arbeiterinteressen gelten kann“.

Jeder Gewerksvereiner, dem die Ehre seiner Organi- zation etwas gilt, wird nach dieser Antwort der „Vorzeitung“ erst recht wissen, wie er sich ihr gegenüber zu verhalten hat.

Aus Großenhain i. S. ging uns die Nachricht zu, daß daselbst unter alter Mit- kämpfer
H. Preister
verstorben ist und am letzten Sonntag unter zahlreicher Beteiligung der Gewerksvereiner zur letzten Ruhe bestattet wurde. Der Ver- storbene hat unserer Bewegung in Großen- hain zuerst den Boden bereitet und ist ihr treu geblieben bis zum letzten Atemzuge. Der Zentralrat hat durch den Ortsverbandsvor- sitzenden den Angehörigen sein herzliches Bei- leid ausprechen lassen. Wir werden sein An- denken in Ehren halten.

Die Bewegung der technischen Angestellten in den Eisenbauanstalten Berlins hat am Montag noch zugenommen und umfaßt jetzt etwa 90 Prozent aller in Frage kommenden Angestellten. Dieses geschlos- sene Vorgehen ist auch nicht ohne Wirkung auf die Haltung der Unternehmer gewesen. Sie haben eine Sitzung abgehalten, in der man sich einzig und al- lein mit den Forderungen der Techniker beschäf- tigte. Endgültige Beschlüsse wurden darin aller- dings noch nicht gefaßt. Die Stimmung ist sehr ge- teilt; denn auch die Unternehmer erkennen zum Teil die von den Angestellten geäußerten Wünsche als berechtigt und den Entwurf des Dienstvertrages als annehmbar an.

Arbeiterbewegung. Immer deutlicher stellt es sich heraus, daß die von den Metallindu- striellen in Leipzig angeführte Aussperrung bei weitem nicht den Umfang angenommen hat, wie zu befürchten war. In Leipzig selbst, wo man mit 12 000 rechnete, feiern rund 8000 Arbeiter. Auch die von den Unternehmern in Dresden und Chem- nitz angeführte Aussperrungen werden kaum allgemein durchgeführt werden. — Auch in Gli- bina scheint der Streik bei der Firma Schida u. nunmehr unvermeidlich zu sein, da dieselbe die neuen Forderungen der Arbeiter rundweg abgelehnt hat. — Der Streik in der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigsbafen ist beendigt; die Arbeiter haben am Montag die Arbeit be- dingungslos wieder aufgenommen. — In Bres- lau ist nach fünfwöchigen Kampf der Streik der Herrenkonfektionsschneider durch den Ab- schluss eines Tarifs beendet worden, der drei Jahre gilt. — In Wiberaach am Rhein beab- sichtigen die Bierbrauergesellschaften und Brau- ereiarbeiter den Unternehmern einen Tarifvertrag zu unterbreiten. Bei den schlechten Arbeitsverhältnissen wäre es dringend zu wünschen, daß sie mit ihren Vorschlägen durchdringen.

Ein großer Arbeitskampf tobte schon seit vielen Wochen in Norwegen und fügt dem gesamten Wirtschaftsleben schweren Schaden zu. Die vor längerer Zeit eingeleiteten Einigungsverhandlungen scheinen jetzt endlich von Erfolg gekrönt zu werden, denn nach den neuesten Nachrichten darf ange- nommen werden, daß die streitenden Parteien die von der Einigungskommission gemachten Vorschläge annehmen werden. — Der von den englischen Eisenbahnern proklamierte Generalstreik hatte zur Folge, daß etwa ein Drittel aller Angestellten sich der Bewegung anschlossen. Inzwischen ist es den Bemühungen der Regierung gelungen, ein Uebereinkommen zwischen den Arbeitervertretern und den Eisenbahngesellschaften zustande zu bringen, das zur Beilegung des Generalstreiks führte. Die wesentlichen Bestimmungen des Vergleichs sind: 1. Der Streik ist sofort zu beenden, und die Arbeiterführer sollen sich nach besten Kräften bemühen, die Leute zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. 2. Alle Arbeiter, die durch Streik oder Aussperrung in den gegenwärtigen Streit verwickelt worden sind und sich innerhalb einer angemessenen Zeit wieder zur Arbeit melden, sollen von den Gesellschaften sobald als möglich wieder eingestellt werden. Niemand soll wegen Kon- traktbruchs gerichtlich belangt oder sonstwie mit Strafen belegt werden. Artikel 3 enthält Einzelheiten über die Einberufung der Einigungsämter, die über die strittigen Fragen beraten sollen. 4. Es sollen sofort Schritte unternommen werden, um die Fragen zu regeln, die zwischen den Gesellschaften und denjenigen Kategorien ihrer Angestellten abhe- ben, die in dem Einigungsabkommen von 1907 nicht mit eingegriffen waren, und zwar sollen diese Fragen durch eine Konferenz zwischen Vertretern der Gesellschaften und Vertretern ihrer Angestellten bis zur Berichterstattung durch eine besondere Unter-

suchungskommission geregelt werden. 5. Beide Par- teien leisten dieser Kommission jede Unterstützung. 6. Jede Frage, die wegen der Auslegung dieses Ver- gleichs auftauchen könnte, soll dem Handelsamt vor- gelegt werden. Dieses Uebereinkommen ist von bei- den Seiten anerkannt und die Arbeit im allge- meinen ruhig wieder aufgenommen worden. In ein- zelnen Provinzialstädten, namentlich in Mandelstet und allerdings noch manderlei Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Im ganzen jedoch kann der Streik als beendet angesehen werden.

Unter der Stichmarke „Sozialdemokratische Koalitionsfreiheit“ schilderten wir in Nr. 62 einen Vorgang in Nürnberg. Dasselbe hatten sämtliche im sozialdemokratischen Arbeiterverband organisierten Gehilfen durch Arbeitsniederlegung einen Unter- nehmer krank zur Entlassung zweier Gewerksvereiner gezwungen, die bei der Firma schon jahrelang be- schäftigt waren. Der in Nürnberg erdeminende fortschrittliche „Fränkische Kurier“ druckte unsere Notiz ab, was die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ zu der „Nichtigkeitskammer“ veranlaßte, daß der sozialdemokratische Arbeiterverband mit der Ge- richtsbehörde nicht das Mindeste zu tun habe. Der Grund der Arbeitsniederlegung seien nicht Verbandsange- legenheiten, sondern persönliche Streitigkeiten ge- wesen. Der Verband selbst habe die Leute veran- laßt, den Streik, den er nicht billigen konnte, auf- zugeben. Der „Kurier“ jedoch zog weitere Erfun- dungen ein, die ergaben, daß der Sachverhalt ge- nau so war, wie er von uns dargestellt worden ist. Das Blatt richtete deshalb an die sozialdemokra- tische Kollegin folgende Fragen:

1. Weiß sie, daß die Gehilfen Daud, Krager und Müller seit einer Reihe von Jahren bei Krank be- schäftigt sind und seit langem den Direkt- und ersten Gewerksvereiner und deren lokalen Einrichtungen an- gehören?

2. Ist der „Fränk. Tagesp.“ bekannt, daß die Ver- bändler vor 14 Tagen die obigen drei Gewerksvereiner mit Hilfe des Arbeitgebers krank zum Hebertritt pressen wollten, und daß Daud schließlich übertrat, während die anderen trotz des Trudels es ablehnten?

3. Hat die „Fränk. Tagesp.“ davon Kenntnis, daß der Arbeitgeber Krank dies antwortlos verweigerte und zu seiner Entschädigung vorgab, er habe Arbeiten in städtischen Schulhäusern und werde von den Haus- meistern und städt. lehrerlichen Angestellten zur Fertig- stellung der Arbeit gebrängt?

4. Glaubt die „Fränk. Tagesp.“, daß, wenn infolge der Arbeitsniederlegung der achtzehn Verbändler der Ar- beitgeber Krank am Montag, den 31. Juli cr., die ge- treuen in der Karolinen- und Ludwigstraße arbeitenden Krager und Müller vorzeitig entlassen, plötzlich ent- läßt, also auf die Straße wirft, so daß sie heute noch arbeitslos sind, das kein Terrorismus ist?

Auf diese peinigenden Fragen ist die ionit so ge- schwäbige „Tagespost“ die Antwort schuldig ge- blieben, mit der Ausnahme, die Fragen träfen den Kernpunkt der Sache nicht. Alles, was das sozial- demokratische Blatt sonst sagt, sind Verlegenheits- uhränen, durch die der von den Verbändlern geübte Terrorismus nicht verdeckt werden kann. Es steht also fest, wie dies leider ja auch durch viele andere Tatsachen bewiesen werden kann, daß die „Genossen“ ihre Hebermacht dazu benutzen, Andersdenkende zu vergewaltigen und zur Proletenlosigkeit zu verdammen, wenn sie sich den „Genossen“ nicht fügen.

Als eine Gefahr für die Koalitionsfreiheit hat kürzlich der christliche „Deutsche Metallarbeiter“ die sogenannte „freie“ Gewerkschaftsbewegung bezeich- net, weil sie Terrorismus übt und dadurch den Scharfmadern Material für eine Zuchtbausvorlage liefert. Besonders werde in Stuttgarter Bezirk dieser verwerfliche Sport betrieben.

„In den letzten Wochen“, so heißt es in dem Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, „haben die Funktionäre des sozialdemokratischen Metallarbeiter- verbandes in einer Anzahl Betriebsversammlungen die Parole ausgegeben, die Mitglieder sollten die christlich organisierten Arbeiter in der Werkstatt aufsuchen, überzutreten. Geschehe das nicht, dann solle man deren Entlassung beantragen. Werde dieser Forderung vom Meister nicht Rechnung getragen, hätten die sozialdemokratischen Mitglieder die Kündigung in einem solchen Betriebe einzul- reichen. Mit diesem terroristischen Vorgehen treiben die sozialdemokratischen Gewerkschafter ein furcht- bar leichtsinniges Spiel mit der Koalitionsfreiheit und tragen mit zur Stärkung des in einflussreichen Kreisen vorhandenen Gehässens bei, ein Gesetz zur Anhebung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu schaffen. In einem Betriebe der hiesigen Metall- industrie ist schon nach obigem Rezept von den Genossen gehandelt worden.“

Der „Bormärts“ benutzt diese Auslassungen des christlichen Blattes zu einer Polemik. Wir würden uns in diese Auseinandersetzungen gar nicht ein- mischen, wenn nicht auch unsere Mitglieder unter ähnlichen Terrorismus der Genossen zu leiden hät- ten. Die Verbändler und die hinter ihnen stehende sozialdemokratische Presse leugnen, wie auch in die- sem Falle, hartnäckig solche Vorkommnisse ab, und

machen uns ebenso wie den Christlichen den Vor- wurf, daß durch die Veröffentlichung solcher Vor- gänge der Regierung nur Material gegen die Arbei- terbewegung geliefert würde. So und so oft haben wir schon betont, daß diejenigen, die den Terroris- mus üben, das Scharfmadernmaterial beibringen und nicht diejenigen, die sich dagegen wehren. Der christliche „Metallarbeiter“ hat deswegen ganz recht, wenn er die Kampfweise der Verbändler als eine Gefahr für die Koalitionsfreiheit bezeichnet, die lei- der allen Arbeiterorganisationen ohne Unterschied der Richtung droht.

Die Verteilung der Steuerlasten in Deutschen Reich und in den einzelnen Bundesstaaten läßt sich anschaulich erkennen aus einer Heberlist der Zei- tschrift „Verwaltung und Statistik“, die u. a. fol- gende Zahlenangaben macht: Von den sämtlichen Steuer- und Zolleinnahmen des Reiches entfielen 760,5 Millionen Mark oder 46,4 vom Hundert allein auf die Zölle und 642 Millio- nen Mark oder 39,2 vom Hundert, auf die Auf- wandssteuern, d. h. Steuern auf Bier, Wein, Branntwein, Tabak, Zucker, Salz usw.; die Verbrauchs- steuern machten 124 v. S. und die Erbschaftsteuer 2,1 vom Hundert aus. Die Steuererträge der Bun- desstaaten rührten zu rund 75 vom Hun- dert aus direkten Steuern, davon fast die Vier- tel aus der allgemeinen Einkommensbesteuerung her; zu je 11 vom Hundert aus Aufwands- und Verbrauchssteuern und zu 3 vom Hundert aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Betrag an Steuern und Zöllen wurde bemessen im Reich auf rund 27 Mark, in den Bundesstaaten auf 16 Mark; der erste Betrag jeft sich aufammen aus 23,12 Mark an Zöllen und Aufwandssteuern, 3,35 Mark Verbrauchssteuern und 0,56 Mark Erbschafts- steuern; der letztere aus 12 Mark direkter Steuern, 1,78 Mark Aufwandssteuern, 1,74 Mark Verbrauchs- steuern und 0,5 Mark Erbschaftsteuern.

Zu ganzen beträgt danach die Belastung des deutschen Volkes mit Steuern und Zöllen pro Kopf 43 Mark. Dabei sind aber die Kommunalsteuern, die kirchlichen Steuern und auch noch andere Steuer- arten noch nicht mitberechnet. Weiter muß bedacht werden, daß die von der Bevölkerung getragenen Zölle nicht ungeführt in die Steuerkasse fließen, sondern zum Teil in die Taschen der Produzenten, vor allen Dingen der Agrarier. Auch dadurch wird die durchschnittliche Steuerlast noch erheblich ver- größert. Demgegenüber macht es einen recht eigen- artigen Eindruck, daß die Erbschaftsteuer nur 36 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung im Reich be- trägt. Gegen eine Erhöhung dieses Satzes haben sich befanntlich gerade die Konserwativen und mit ihnen das Zentrum ins Zeug gelegt, also diejenigen Kreise, die es bisher immer noch am besten verstan- den haben, sich auf Kosten der Allgemeinheit Vor- teile zu verschaffen.

Bei Tagelohn ist die Kündigungsfreiheit nicht ohne weiteres ausgeschlossen, so hat vor einiger Zeit das Gewerbegericht in Wreslau entschieden. Als Klä- ger trat ein Schneidermeister auf, der gegen einen Wochenlohn von 18 Mark beschäftigt wurde, ohne daß bezüglich der Kündigung eine Abrede getroffen war. Der Geselle hatte etwa 14 Tage ausüben müssen, sich damit auch zunächst einverstanden er- klärt, schließlich aber bei seinem Meister wieder um Arbeit nachgefragt. Er wurde jedoch von diesem nicht wieder beschäftigt, sondern als entlassen erklärt, worauf er beim Gewerbegericht auf Zahlung des Lohnes für vierzehn Tage klagte. Der beklagte Meister wandte ein, es habe für ihn gar keine Ver- pflichtung bestanden, den Gesellen weiter zu beschäf- tigen, da er keine Arbeit mehr für ihn gehabt habe. Außerdem aber sei ein Tagelohn von 3 Mark vereinbart gewesen, so daß die tägliche Kündigung Platz greife.

Das Gewerbegericht hat dem Klageantrag Folge und verurteilte den Meister zur Zahlung des Lohnes für 14 Tage, indem es betonte, daß zweifel- los zwischen den Parteien eine Vereinbarung über die Kündigung nicht getroffen worden sei. Sie wä- ren daher gemäß § 122 der Gewerbeordnung beide an eine vierzehntägige Kündigungsfreiheit gebunden. Der Einwand des Meisters, daß er den Gesellen nicht weiter zu beschäftigen brauchte, weil er keine Arbeit mehr für ihn hatte, sei nicht stichhaltig. Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß der Arbeiter hinreichende Beschäftigung erhält, oder er hat ihm mit gesetzlicher oder vertragsmäßiger Frist zu kün- digen und ihm den Lohn für die Kündigungszeit zu zahlen. Der weiterhin zur Rechtfertigung der Ent- lassung angegebene Grund, daß der Geselle gegen Tagelohn beschäftigt worden sei, ist gleichfalls nicht durchgreifend, da das Arbeitsverhältnis ohne Rücksicht darauf, ob Stun- den-, Tage- oder Wochenlohn verein- bart ist, mangels einer besonderen Kündigungsabrede gemäß § 122 der

Gewerbeordnung nur mit vierzehntägiger Kündigungsfrist gelöst werden kann. Diese Kündigungsfrist einzubehalten war der beklagte Meister verpflichtet; deshalb hat er auch den Gehellen für vierzehn Tage schadlos zu halten.

Eine Konferenz über die Verusberatung des weiblichen Geschlechts wird am 29. und 30. September in Berlin von einer großen Anzahl von gemeinnützigen Organisationen aller Richtungen veranstaltet. Die Konferenz findet im Bürgerlaale des Berliner Rathhauses statt und wird am Freitag, den 29. September, nachmittags 5 Uhr eröffnet. Ihre Leitung liegt in den Händen von Dr. Alice Salomon-Berlin und Paula Müller-Spannover. Zur Erörterung kommen folgende Themen: Warum gebrauchen wir eine Verusberatung für die weibliche Jugend? Referent Dr. F. Silbermann; Grundzüge für eine gemeinnützige Verusberatung, Referentin Josephine Levy-Kathenan; die Organe der Verusberatung, Referentin Meta Gadesmann. Die Korreferate über die Aufgaben der Schulen, der Arbeitsnachweise und der Berufsorganisationen haben Fräulein M. Gennrich, E. Klausner und M. Behm übernommen. Männer und Frauen, die ihren Einfluß bei der Berufswahl geltend machen können, werden dringend um ihre Teilnahme an der Konferenz gebeten. Eintrittskarten sind nicht erforderlich. Ausführliche Programme verleiht die Geschäftsstelle Berlin NW, Brüden-Allee 32.

Gewerbevereins-Teil

Am Sonntag, den 13. August, tagte im Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine die zweite ordentliche Generalversammlung des Medizinalverbandes der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunker) Berlin und Vororte für das Jahr 1911. Obgleich sämtliche Vertrauensleute Sonderzettel, welche sie den Mitgliedern zustellen sollten, zugesandt waren, ließ der Besuch zu wünschen übrig. Wenn auch zugegen werden sollte, daß die übermäßig große Hitze oder sonstige dringende Angelegenheiten vielleicht manchen Kollegen zurückgehalten haben, so wäre es doch sehr wünschenswert, daß die Mitglieder dem Besuch dieser Generalversammlungen mehr Interesse zuwenden. Denn es sei hier nochmals ausdrücklich betont, daß jeder Kollege stimmberechtigt ist, dessen Frau oder Kind als Mitglied dem Medizinalverband angehört. Wir erjuchen die Kollegen, sich dies vorzumerken und in nächster Generalversammlung zur Ausföhrung zu bringen. Denn es macht keinen guten Eindruck, wenn die Verhandlungen unter so geringer Beteiligung vollzogen werden müssen.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Kassen- und Revisionsbericht von den Revisoren zur Kenntnis gegeben. Die Einnahmen betragen für das I. und II. Quartal 1911 7206,90 Mk.; die Ausgaben für Arznei und Arzthonorax belaufen sich auf 6904,71 Mk. Zum zweiten Punkt kam die von der Behörde angeordnete Statutenänderung zur Beratung. Diefelbe bezieht sich im wesentlichen auf Mitglieder, die bei ihrer Aufnahme falsche Angaben gemacht haben. Nachdem vom Vorstand darauf hingewiesen war, daß die Vorlagen von der Behörde schon geprüft, wurde die Statutenänderung einstimmig angenommen.

Hierauf berichtete der Vorstand, daß die Mitglieder des Vereins der Deutschen Kaufleute nach den Bestimmungen der §§ 1 und 4e des Statuts sowie nach der Fassung des beschiedlichen Genehmigungsurteils aus dem Medizinalverband ausgetreten waren müßten, weil der letzte Delegiertentag beklagten Vereins beschloffen hat, aus der Verbandsgemeinschaft der deutschen Gewerbevereine auszutreten. Mitbin hat der Verein der Deutschen Kaufleute den Anspruch auf die Bezeichnung „Hirsch-Dunker“ verloren und ist auch kein Gewerbeverein mehr. In der Diskussion wurde eine scharfe Kritik an dem Verein der Deutschen Kaufleute geübt und nachstehende Entschloßung von der Generalversammlung angenommen: „Die heutige Generalversammlung erklärt sich mit dem Beschluß des Vorstandes, den Ausschluß der Mitglieder des Vereins der Deutschen Kaufleute aus dem Medizinalverband betreffend, völlig einverstanden.“

Weiter fand eine Anregung auf größere Entfaltung agitatorischer Tätigkeit innerhalb der Ortsvereine volle Zustimmung der Generalversammlung und wurde dem Vorstande aufgegeben, in dieser Hinsicht weitere Schritte einzuleiten. Bemängelt wurde in der Aussprache, daß der größte Teil der Ortsvereinsvorstände und Vertrauensmänner es unterlassen, genügend auf die segensreichen Einrichtungen des Medizinalverbandes hinzuweisen. Es ist dies mit als Grund zu betrachten, daß demselben nicht soviel neue Mitglieder zugeführt werden, wie dies bei der Mitgliederzahl der Gewerbevereine in Berlin und Vororte geschehen müßte.

Im Anschluß hieran möchten wir gleich bemerken, daß der Vorstand gern bereit ist, aus der Mitte seiner Kollegen jemand in die Ortsvereinsversammlungen zu entsenden, um durch aufklärende Worte in den Mitgliederkreisen das Interesse für den Medizinalverband wachzurufen. Wo dies von den Ortsvereinen gewünscht wird, möchten wir aber nicht unterlassen hervorzuheben, daß die Vorstandsollegen auch dafür Sorge tragen müssen, daß diese Versammlungen sich auch eines regen Besuchs namentlich der Frauen erfreuen. Gerade das Interesse der Frau muß für den Medizinalverband geweckt werden, denn in erster Linie für sie und unsere Kinder sind seine notwendigen Einrichtungen geschaffen worden. Weiter muß die von dem Vortragenden dargelegte Auffassung nicht nur gehört, sondern von allen Anwesenden von Mund zu Mund in die Mitgliederkreise weiter getragen werden, damit jeder Gewerbevereinskollege auf die segensreiche Einrichtung des Medizinalverbandes hingewiesen wird. Außerdem müßte vom Vorstand in jeder Versammlung die Bedeutung des Medizinalverbandes hervorgehoben werden. Wenn jeder so mit Interesse mitarbeiten würde, dann muß es vorwärts gehen. Viel Liebe und große Sorge würde von so mancher Familie genommen werden, wenn die Kollegen ihre Familien-Angehörigen rechtzeitig in den Medizinalverband aufnehmen ließen. Vielleicht rufen diese wenigen Worte das Interesse wach und tragen dazu bei, daß dem Medizinalverbande die Beachtung beigemessen wird, die derselbe als Wohlfahrtsinstitution innerhalb der Deutschen Gewerbevereine verdient. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. für die Familie 75 Pfg., der Wochenbeitrag 20 Pfg. für jede erwachsene Person oder für 1 oder 2 Kinder, für jedes weitere Kind 15 Pfg. Anmeldungen nehmen alle Ortsvereinsassistenten entgegen.

Verbands-Teil

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerbevereine (D.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221/23.

vereine, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 23. August. Vortrag des Kollegen Erkelenz über seine Reise nach England. Vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich. Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewerbevereins-Liebertafel (D.-D.).** Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Lebnungsstunde I. Verbandsbaus, der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste willk. — **Sonntabend, 26. August. Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Abds. 8½ Uhr Verammlung bei Reichert, Bergstr. 69. Besprechung der neuen Statuten und des Sozialfonds. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter II.** Abds. 8½ Uhr Drieverammlung mit Damen im großen Saale Fruchtstr. 36 a. I. Mitteilung. II. Lichtbildervortrag des Herrn Lehrers Ost. Kofe „Eine Sommerreise nach dem westlichen Teile des Mittelmeeres“. Anschließend Tanzstänzen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abds. 8—10 Uhr Zahlabend bei Rudow, Waldstraße 53. Sonntag, 27. August, Familien-Ausflug nach Jungfernhalde. Abmarsch 2 Uhr von Bahnhof Behnhöfstr. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Abds. 8½ Uhr, Greifstraße 71. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8½ Uhr Verammlung bei Struß, Butzstraße 51. Vortrag über Elektrifizierung. Am Mittwoch, 30. August, abds. 8 Uhr kombinierte Ausübungsung. 1. Geschäftliche Angelegenheiten. 2. Berichte. 3. Beschlußfassung über Beiträge und Leistungen der lomb. Kaffe. 4. Wahl des Vorsitzers.

Orts- und Medizinalverbände

Cottbus (Distriktsrat). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanßen, Sandwerferstr. 42. — **Düsseldorf (Vollst. Wirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. 9—11 Uhr I. Verbandsaus, Rurfaßstr. 29. Sitzung. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr, Begrüßung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Luisenstr. und Erholungsgstr.-Ecke. — **Selkenerden (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband. Vertreterung, vormittags 10 Uhr, im Reichslokal G. Simon, Alter Markt. — **Saaren B. Aachen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abds. 8½ Uhr, Distriktsabend bei Lubwig. — **Salle a. S. (Ortsv.).** Der Distriktsrat find. jed. leg. Sonntag 1. Monat I. Passage-Ref., Gr. Brauhausstr., hatt. — **Sandhausen (Ortsv.).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei v. d. Himmels Hotel, Poststr., Distriktsstunde. — **Sierloh (Distriktsrat).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Zander, Dfstr. — **Leipzig (Gewerbevereins-Liebertafel).** Die Lebnungsstunden finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, hatt. Gäste und stimmberechtigte Mitglieder sind herzl. willkommen. — **Stettin (Sängerchor der Gewerbevereine).** Die Lebnungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Reichl, Poststr. 5, hatt. Stimmberechtigte Kollegen sind herzl. willk. — **Tegel (Distriktsrat für Regel, Dorfstraße und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Schner, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Maurerstr. 62. — **Weihenfels a. C. (Gefangenenabteilung der Gewerbevereine).** Lebnungsstunde jed. Dienstag abds. 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangenenabteilung des Vereins willkommen. — **Weihenfels (Distriktsrat der Gewerbevereine).** Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Ref. „Schweizerhaus“.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Leipzig-West (Ortsverband). Wilhelm Riedel, Schriftführer, 2. Kaulstr., Hauptstr. 6 I. — **Yotdam (Ortsverband).** B. Schumacher, Vorsitzender, Hauenerstr. 18. F. Krieger, Schriftführer und Kassierer, Allee nach Sandjunci 2.

Anzeigen-Teil.

Inserte werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse** des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. • Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.
Bezahltes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 130 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitragsalters 2 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Bauschule
Rastedel, Oldbg.
Meister- u. Polsterfars. Vollständige Ausbild. 1.5 Mon. Ausf. Progr. frei.

Sörlitz (Ortsverb.). Banbernde Kollegen erhalten Vergütungskarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern. Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. Rirsch, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Unzufrieden halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgehalt von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.
Prinzenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterföhrung. Wartenausgabe beim Kol. R. Adam, Ologauerstr. 12.

Wanne (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten auf dem Bureau der Bergarbeiter, Bahnhofstraße 207, eine Reiseunterföhrung von 75 Pfg. Dasselbe Arbeitsnachweisk.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsgehalt im Gewerbevereinsbureau, Burgmundastr. 24 I. Außerdem erhalten dafelbst durchreisende former 75 Pfg. von der former-Ektion. Auch der Arbeitsnachweisk ist dort.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsberberge befindet sich Elisabethstraße 49 (Zägers Oaktwirtschaft).

Gamm l. W. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reisegeld, zugeteilte und arbeitssuchende Kollegen eine Karte, gültig für Abreisen, Nachföhrung und Frühföhrer beim Verbandskolleg. Friedr. Müller, Allee-straße 51.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Seimat I und II freies Nachquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, F. Südecke, Bant, Oethest. 7.

M. Gladbach-Heubdt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterföhrung im Gewerbevereinsbureau, Rürpferstraße 180. Dasselbe auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jeder-mann.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten beim Genossen K a m m e r e r, Hirschmarkt 10, Vergütungskarten.

Hirschberg (Ortsverband). Die Unterföhrungsmarken erhält durchreisende Gewerbevereinskollegen bei F. K e m m, Markt 2.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitersekretariat Bremen, Doventorsteinweg 70, part.

Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden Nachföhrung im Verbandslokal bei R o g g e n t ä m p e r, Eberfeld, Erholungstraße 2. Dasselbe befindet sich auch die Rechtsauskunftstelle.